

KommentarVon
Lucian Mayringer**Geld zurück**

Wahlbeisitzer und -behördenleiter haben Stimmzettel zu früh ausgezählt, teilweise unberechtigt geöffnet. Dahinter stand vor allem eine unzulässig saloppe Rechtsauslegung. Das Motiv war wohl Bequemlichkeit, nie aber die von der FPÖ insinuierte Absicht, das Wahlergebnis zugunsten von Alexan-

Und noch einmal landet die Hofburg-Wahl vor Gericht

der Van der Bellen zu manipulieren. Diese Erkenntnisse aus der Überprüfung der Bundespräsidenten-Stichwahl durch die Verfassungsrichter sind auch zweieinhalb Jahre danach unwiderrüchlich.

Dass die FPÖ versucht, sich für ihre millionenschwere Hofburg-Kampagne teilweise schadlos zu halten, ist schon deshalb schwer zu verstehen. Ohne den Nachweis eines bewussten Missbrauchs seien Schadenersatzforderungen hier kaum durchzusetzen, sagen Juristen. Politisch lebt der Verdacht auf, dass Norbert Hofer kein allzu guter Verlierer sein könnte. Und dass die nunmehrige Regierungspartei gegen die von ihr vertretene Republik vorgeht, um auf Kosten der Steuerzahler Steuer-geld zurückzubekommen.

i.mayringer@nachrichten.at

Überblick**Rechtsanwälte fordern neue Ausschreibung**

EISENSTADT. Im Burgenland ist die Besetzung des Präsidentenamts des Landesverwaltungsgerichts politisches Streitthema, gestern verlangte der Österreichische Rechtsanwaltskammertag (ÖRAK) eine Neuausschreibung. Das laufende Bewerbungsverfahren sei auf die Büroleiterin von Landeshauptmann Hans Niessl (SP), Christina Krumböck, „zugeschnitten“, meinte ÖRAK-Vizepräsident Bernhard Fink. Es sei „unerlässlich, dass die Ernennung einer Präsidentin bzw. eines Präsidenten für ein Gericht aus dem Kreis der Richterschaft zu erfolgen hat“. Für Bewerber waren ein abgeschlossenes Jus-Studium, entsprechende Erfahrung, bevorzugt im Landesdienst, und ein Höchstalter von 40 Jahren gefordert.

Menschenrechtspreis: Zwei Auszeichnungen

LINZ. Der Menschenrechtspreis des Landes Oberösterreich wird seit heuer nicht mehr jährlich, sondern alle zwei Jahre vergeben. Die diesjährigen Träger des mit 20.000 Euro dotierten Preises gab Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) am Montag bekannt. Die „Bewusstseinsregion Mauthausen-Gusen-St. Georgen“, die Bürger, Vereine und Schulen von drei Gemeinden repräsentiert, verankerte ein Menschenrechtszentrum in der Region und wird deshalb ausgezeichnet. Zweite Preisträgerin ist Mathilde Schwabeneder, Leiterin der ORF-Außenstelle in Rom.



Noch ein Anlauf: Der unterlegene FP-Kandidat Norbert Hofer geht wieder vor Gericht – diesmal geht es um Schadenersatz.

Foto: Reuters

Kein Applaus für blaue Millionenklage

FPÖ will 3,4 Millionen Euro für die Hofburg-Wahl, Van der Bellen lehnt eine Klage ab

Von Lucian Mayringer

WIEN. Die Bundespräsidentenwahl 2016 hat wegen der Aufhebung der ersten Stichwahl durch den Verfassungsgerichtshof und der Verschiebung (Stichwort: Kuvert-affäre) des zweiten Anlaufs auf Dezember international viel Staub aufgewirbelt. Mit der Ankündigung der FPÖ, sich auf dem Klagsweg 3,4 Millionen Euro an erhöhten Kosten für den einjährigen Wahlkampf zurückzuholen, erlebt das pannenreiche Kapitel in der österreichischen Demokratiegeschichte nun ein Dacapo.

Die Opposition wirft den Freiheitlichen, deren Spitzenkandidat Norbert Hofer mit einer Beschwerde wegen Ungereimtheiten bei der Stimmauszählung die Aufhebung der Stichwahl angestoßen hatte, „Schamlosigkeit“ vor. FP-Generalsekretär Christian Hafenecker rechtfertigt den Klagsbeschluss seines Vorstands damit, dass es schließlich Steuergeld aus der öffentlichen Parteienförderung gewesen sei, das man nachschießen

„Der einzig sichere Profiteur ist der Parteianwalt Dieter Böhmdorfer, der mit dem Geld der Steuerzahler honoriert wird.“

Thomas Drozda, SP-Bundesgeschäftsführer, zur FP-Klage

musste. Weil die Ursache für den zusätzlichen Unertrag im Versagen von Organen der Republik liege, sei eine Amtshaftungsklage nur logisch. Andernfalls würde sich die FPÖ selbst dem Vorwurf der Untreue aussetzen.

Eine Sichtweise, die der Jurist und Leiter des Instituts für Parlamentarismus, Werner Zögernitz, nicht teilt. Zwar seien Fehler durch Wahlbehörden bei der Auszählung festgestellt worden, die zur Aufhebung der ersten Stichwahl geführt haben. Aber es handle sich, wie „manchmal auch in der Wirtschaft, um einen Schadensfall, bei dem gegen niemanden ein Missbrauchs-

vorwurf erhoben werden kann“, sagt Zögernitz im Gespräch mit den OÖNachrichten. Abgesehen von der rechtlichen Ausgangslage sieht Zögernitz auch ein Problem für Österreichs Image: Drei Jahre nach einer pannenreichen Wahl, die im Ausland sicher geschadet hat, wäre es demokratiepolitisch „eine Frage der Selbstachtung, die Sache nicht wieder durch eine Klage aufzuwühlen“.

„Jahrelanger Rechtsstreit“

Ganz ähnlich ist die Sicht im Lager des nunmehrigen Bundespräsidenten, Alexander Van der Bellen. Der Leiter des Vereins „Gemeinsam für Van der Bellen“, Lothar Lockl, schloss gestern eine Klage aus – mit durchaus ähnlichen Argumenten, wie die FPÖ ihre Klage begründet. Denn die FPÖ lasse sich nun auf einen mit Steuergeld finanzierten und womöglich jahrelang dauernden Rechtsstreit ein. Und das sei gerade in Zeiten von Sparpaketen und Kürzungen den Menschen nicht zumutbar, sagte Lockl. Hinzu komme die Gefahr, dass

eine derartige Klage auch mit Schadenersatzansprüchen gegenüber einfachen Wahlbeisitzern verbunden sein könnte. Und dieses Signal gegen freiwillige Helfer bei demokratischen Wahlen „wollen wir keinesfalls setzen“, sagt Lockl. In Van der Bellsen Lager, das sich über Spenden von Privaten und besonders von den Grünen finanziert hat, geht man von drei Millionen Euro an Mehrkosten durch den verlängerten Wahlkampf aus.

SP-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda bezeichnete es als „Schamlosigkeit“, wenn die FPÖ in Zeiten des Soziallabbaus auf diesem Weg versuche, „ihre Parteikassen aufzufüttern“. Jedes Urteil sei jedenfalls aus Steuergeldern zu bezahlen. Der „einzig sichere Profiteur“ sei FP-Anwalt Dieter Böhmdorfer.

Zuerst habe die FPÖ bei der Nationalratswahl die Kostenbeschränkung um 3,7 Millionen Euro überschritten. Jetzt versuche sie, fast die gleiche Summe von der Republik zu holen, sagte Neos-Generalsekretär Nick Donig.

Krankenkassen: Fusionsbeschluss am Donnerstag

OÖGKK-Obmann Maringer bittet Abgeordnete zum „Umdenken“, Demonstration heute in Linz

WIEN/LINZ. Das dreitägige Nationalratsplenum, das heute beginnt, ist das letzte in diesem Jahr; beschlossen werden soll voraussichtlich am Donnerstag die umstrittene Reform der Krankenkassen, mit dem Kernpunkt: Zusammenlegung der neun Gebietskrankenkassen zur „Österreichischen Gesundheitskasse“ (ÖGK).

In Oberösterreich wird dagegen wieder auf der Straße demonstriert. Mehrere Organisationen, Unterstützung kommt auch von SPÖ und Grünen, haben für heute zu einer „Lichterkette“ bei der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse (OÖGKK) um 16 Uhr in Linz aufgerufen. Dann wird ein Protestzug Richtung Stadtzentrum marschieren.

Mit einem Brief an alle oberösterreichischen Abgeordneten, vornehmlich von ÖVP und FPÖ, startete OÖGKK-Obmann Albert Maringer noch einen Versuch, einen Stimmungswandel bei den Koalitionären zu erreichen. „Oberöster-

reich wird gesundheitspolitische Provinz, der Verlust der Autonomie der Landsträger hat, auch für die Bevölkerung des Landes Oberösterreich, weitreichende Folgen“, schreibt Maringer.

„Kein Abgeordneter kann sich hinter die Bundesregierung verstecken“, sagt Maringer im Gespräch mit den OÖNachrichten: „Am Ende des Tages muss ihnen bewusst sein, dass sie es sind, die den Oberösterreichern ihre Krankenkasse wegnehmen.“

„Bittsteller in Wien“

Mit der Bildung der ÖGK werde das Land zum „Bittsteller in Wien“. „Es endet eine 150-jährige Tradition, dass die Versicherten für ihr eigenes System Entscheidungen treffen konnten.“ Wirtschaftlich mache die Fusion keinen Sinn, sagt Maringer; auch das Gesundheitsministerium konnte die Fusionskosten nicht beziffern.

Von der Kassenreform verspricht sich die Bundesregierung



„Den oberösterreichischen Abgeordneten muss bewusst sein: Sie sind es, die Oberösterreichern ihre Krankenkasse wegnehmen.“

Albert Maringer, Obmann der oö. Gebietskrankenkasse Foto: OÖN/wako

Einsparungen bis zu einer Milliarde Euro „ohne Leistungskürzungen“. Was sowohl Maringer als auch Oberösterreichs Ärztekammerpräsident Peter Niedermoser für unrealistisch halten: Eine Milliarde Euro seien alleine die Kosten, die für die Angleichung der Leistungen bzw. bundesweit der Honorarkataloge anfallen würden, „ohne Leistungskürzungen werden Einsparungen nicht möglich sein“, sagt Niedermoser. Die Ankündigung, dass die Versichertenbeiträge „im Land“ bleiben sollen, ist für Niedermoser und Maringer eine schwache Garantie: „Es gibt keinen eigenen Landes-Rechnungskreis, letztlich entscheidet Wien.“

Neben der ÖGK mit rund sieben Millionen Versicherten werden laut Regierungsentwurf Beamte und Eisenbahner in einer Kasse (BVAEB) zusammengefasst, die Bauern landen in der SWA der Selbstständigen. Als Träger wird es auch die AUA und die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) geben.